

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Anschlag auf Nato-Flugplatz Lahr

Auf den kanadischen Nato-Flugplatz in Lahr (Baden-Württemberg) ist am Montag ein Anschlag verübt worden. Mehrere Sprengköpfe sind nach Angaben der Agentur dpa offenbar über Kabel ferngezündet worden. Dabei gerieten Mehrere Benzinkanister und Panzerfahrzeuge in Brand. Beschädigt wurden ausserdem ein Tanklager und eine Halle.

Kanadischer Poststreik beendet

Die Schwerpunktstreiks der 20000 kanadischen Briefträger, die seit Mitte Juni die Postzustellung in allen grossen Städten immer wieder unterbrochen haben, sind beendet. Es einigten sich die Gewerkschaft und die staatliche Postbehörde mit Hilfe eines Vermittlers auf einen Kompromiss im Tarifstreit.

Gegen völligen Abbau der US-Golfpräsenz

Ein Waffenstillstand zwischen Iran und Irak könnte den Weg zu einer Verringerung der militärischen Präsenz der Grossmächte im Persischen Golf freimachen. Diese Ansicht vertrat der Stabschef des Weissen Hauses, Howard Baker, im amerikanischen Fernsehen. Die «historische Präsenz» der Amerikaner im Golf werde aber niemals vollständig abgebaut.

Im Westen geblieben

Übers Wochenende haben wieder 22 Polen und Tschechoslowaken Ausflüge nach West-Deutschland zum Abspringen benutzt. Von einer polnischen Reisegruppe blieben 14 in München, in einem tschechoslowakischen Reisebus fehlten bei der Ausreise 8 Passagiere.

Grossfeuer im Hafen von Düsseldorf

(spk/dpa) Im Rheinhafen von Düsseldorf hat die Feuerwehr am Montag mit sämtlichen verfügbaren Löschzügen und Löschbooten einen Grossbrand bekämpft, der aus unbekannter Ursache in einer Lagerhalle ausgebrochen war. Die schwarzen Qualmwolken verfinsterten in dem Mittagssunden den Himmel über dem 15 Kilometern entfernten Stadtzentrum. Über Radio wurde die Bevölkerung vorsorglich aufgefordert, Fenster und Türen geschlossen zu halten.

Bei dem Grossfeuer sind rund 1000 Tonnen flüssiger Ölprodukte des Chemiekonzerns Henkel verbrannt. Nach ersten Angaben des Unternehmens bestand keine Gefahr für die Bevölkerung.

Peru vor Lohn- und Steuererhöhungen

(spk/dpa) Der peruanische Präsident Alan Garcia hat am Montag allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 25 und 35 Prozent angekündigt, um «mit einer Ausweitung der Nachfrage die Wirtschaft anzukurbeln». Garcia bezeichnete es als Ziel seiner seit zwei Jahren amtierenden Regierung, 1987 ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent zu erreichen. Im vergangenen Jahr hatte die Wachstumsrate 8,5 Prozent betragen.

In einer Radio- und Fernseh-Ansprache gab der sozialdemokratische Staatschef Steuererhöhungen bekannt, die alle Monatseinkommen über 20000 Inti betreffen. Der Benzinpreis soll um 25 Prozent erhöht werden. Ferner sollen die Verbrauchssteuern auf Luxusartikel und Flugtickets sowie auf Verzehrer in Hotels und Restaurants angehoben werden. Die Preiskontrollen für alle Produkte mit Ausnahme von Luxusartikeln sollen verschärft werden.

Der Staatsgerichtshofpräsident wieder im Amt

Staatsanwalt zog Berufung zurück – Freispruch für Dr. Erich Seeger rechtskräftig

Der des Amtsmissbrauchs und der falschen Zeugenaussage angeklagte Präsident des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger, ist nach dem Freispruch vor dem Kriminalgericht, der nach Ablauf der Berufungsfrist rechtskräftig wurde, wieder amtierender Präsident des Staatsgerichtshofes. Seeger war nach der Anklage von seinem Amt suspendiert worden. Nach dem rechtskräftigen Freispruch kann er nun seine Tätigkeit als oberster Richter, für die er am 19. Dezember 1984 mit den acht Stimmen der Vaterländischen Union (VU) im Landtag für eine weitere Amtsperiode gewählt worden war, wieder ausüben.

Das Kriminalgericht hatte in seiner mündlichen Urteilsverkündung vor einigen Wochen festgehalten, dass objektiv zwar der Tatbestand des Amtsmissbrauchs vorliege, doch könne dem Angeklagten kein vorsätzliches Vergehen in dieser Angelegenheit nachgewiesen werden. Mit dieser Beurteilung, die zwischen

objektiv und subjektiv unterscheidet, tun sich die mit Rechtsfragen wenig befassten Bürgerinnen und Bürger schwer. Doch auch die am Verfahren gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofes beteiligten Personen urteilen nicht in die gleiche Richtung.

Auf Anfrage erklärte Dr. Rainer Ospelt als Mitglied des Initiativkomitees Kunsthaus, das Verfahren habe zwar mit einem Freispruch des Angeklagten vor dem Kriminalgericht geendet, doch sei damit zum zweiten Mal von einem Gericht bestätigt worden, was die Kunsthausgruppe «immer gesagt, geschrieben und dem Angeklagten vorgeworfen» habe. Das wichtigste Ziel des Initiativkomitees sei erreicht worden, nämlich die Veröffentlichung des Urteils vom 15. Oktober 1984.

Ganz anders sieht die Sachlage der Verteidiger des Angeklagten. Dr. Hanspeter Jehle, der zwar seiner Freude über den rechtsgültigen Freispruch Ausdruck verlieh, aber nicht verhehlte, dass er mit

der Begründung des Urteils durch das Kriminalgericht nicht glücklich sei, da es nach seiner Meinung nicht überzeugend ausgefallen ist. Nach seiner Auffassung handelt es sich bei den Vorwürfen an Dr. Seeger nicht um einen Amtsmissbrauch, sondern um einen Befugnismissbrauch. Diese beiden Begriffe würden immer wieder verwechselt, genauso wie permanent eine Verwechslung zwischen dem Abschluss der Verhandlung (am 15. Oktober 1984) und dem Abschluss der Beratungen des Staatsgerichtshofes im Falle der Vorstellung stattfände.

Mit dem rechtskräftigen Freispruch für Dr. Erich Seeger aber dürfte der Fall «Kunsthaus und Staatsgerichtshof» noch nicht abgeschlossen sein. Das Initiativkomitee Kunsthaus berät derzeit über das weitere Vorgehen. Und auch für Dr. Seeger ist noch offen, wie Dr. Jehle erklärte, ob er nicht weitere Schritte unternahme. Konkret wollten gestern aber beide Seiten nicht erklären, welche Schritte in naher Zukunft gemacht werden. (G.M.)

Verschiedene Bauwerke in Angriff genommen

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung für das Jahr 1986 – Ressort Bauwesen (Hochbau)

Im Hochbaubereich wurden im letzten Jahr einige Projekte in Angriff genommen, andere wurden vollendet. Zu diesen Projekten gehören der Werkhof in Triesenberg, die Sanierung des Engländerbau, die Renovation der Post Triesen sowie der Neubau der Post Mauren.

Die Hochbauvorhaben des Landes wurden im Rahmen der langjährigen Raumplanung weitergeführt. Im Mittelpunkt standen dabei die Bauarbeiten zur Errichtung des Werkhofes in Triesenberg sowie die Sanierung des Engländergebäudes. Mit den Bauarbeiten für den Werkhof in Triesenberg wurde im Sommer des Berichtsjahres begonnen. Es wurden die Aushubarbeiten sowie Arbeiten im Rahmen der Baugrubensicherung ausgeführt. Für 1987 ist der Schwerpunkt der Ausführung der Hauptinstallationen.

Der Landtag genehmigte im Berichtsjahr zwei Nachtragskredite in Höhe von insgesamt Fr. 2,4 Mio. für die bautechnische Sanierung des Engländerbau. Die Sanierungsarbeiten, die grossenteils im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten, umfassen die Baustatik, den Brandschutz, die Sicherheit, die Wärmetechnik, die Klimatisierung, den Innenausbau und die Einrichtung der beiden Aufenthaltsräume im 1. und 2. Obergeschoss, die Errichtung eines Arbeits- und Sicherheitspodestes auf der Südseite des Gebäudes, den Teilersatz der Lamellenstoren sowie die Neugestaltung des Eingangsbereiches. Die Sanierung des Engländergebäudes ist eine Voraussetzung für die Wiedereröffnung der Ausstellung

mit Exponaten der Fürstlichen Sammlungen.

Die vom Land erworbene Residenz für die Ständige Vertretung Liechtensteins beim Europarat in Strassburg wurde im Berichtsjahr umgebaut und renoviert. Der Landtag hatte bereits im Jahre 1985 einen Kredit von Fr. 750 000.- für den Ankauf, die Erneuerung und den Umbau der Residenz in Strassburg bewilligt. 1986 hat der Landtag einem weiteren Nachtragskredit in Höhe von Fr. 60 000.- zugestimmt.

Um den Raumbedürfnissen der PTT gerecht werden zu können, hat die Regierung beim Landtag den Neubau eines

PTT-Magazins mit kleinem Bürotrakt beantragt. Anlässlich der Behandlung hat der Landtag die Forderung nach besserer Bodenausnutzung der zur Verfügung stehenden Parzelle in der Industriezone Schaan aufgestellt. Es wurde anschliessend ein erweitertes Projekt ausgearbeitet, welches dem Landtag im Frühjahr 1987 vorgelegt wird. Aufgrund eines Beschlusses des Landtages konnte jedoch noch Ende 1986 mit den Pfählungsarbeiten begonnen werden.

Der Landtag hat in der Sitzung vom 14. Oktober 1986 einen Verpflichtungskredit in Höhe von Fr. 2,5 Mio. für die Errichtung eines Postneubaues in Mauren bewilligt. Die Gemeinde Mauren übernimmt das 1. Stockwerk des Neubaus mit Arztpraxis und zwei Kleinwohnungen im Stockwerkeigentum. Im Rahmen der Planung des Projektes wurde auch die vorgesehene Tiefgarage als Zivilschutzraum der Gemeinde konzipiert.

Ebenfalls in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1986 hat der Landtag einen Verpflichtungskredit in Höhe von Fr. 1,6 Mio. für den Erweiterungsbau und die Renovation der Post Triesen bewilligt. Der Neubau soll den gestiegenen Raumbedürfnissen der Post und der prognostizierten Betriebszunahme der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte gerecht werden.

Die Dreierjahre hat im Sommer des Berichtsjahres die Ausarbeitung eines Bauprojektes mit detailliertem Kostenvoranschlag für die Sanierung von Schloss Guttenberg in Auftrag gegeben.

Universiade in Zagreb

Drei Liechtensteiner dabei

Wenn morgen Mittwoch in Zagreb die 14. Universiade eröffnet wird, stellt auch Liechtenstein eine kleine Delegation an diesen Olympischen Spielen für Studenten. Unser Team besteht aus den Leichtathletinnen Manuela Marxer, die eben einen neuen Mehrkampf-Landesrekord aufgestellt hat, Speerwerferin Jeannette Beck sowie dem Tennispieler Daniel Kieber. Betreut wird unsere Delegation von Josef Eberle. An der Universiade 1987 werden rund 7000 Sportler aus 115 Nationen erwartet.

Von Weizsäcker für radikale Abrüstung

(spk/dpa) Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zum Auftakt seines sechstägigen Staatsbesuches in der UdSSR nachdrücklich für eine «radikale und ausgewogene Verminderung der Rüstung in Ost und West auch bis tief in den konventionellen Bereich hinein» plädiert. Bei einem Staatsbankett im Kreml sagte er am Montagabend, im Zeitalter der heutigen Waffensysteme sei «militärische Überlegenheit sinnlos» geworden.

Gastgeber des Essens war das sowjetische Staatsoberhaupt Andrej Gromyko.

Unter Hinweis auf die «schmerzliche Erinnerung an den unheilvollen letzten Krieg» und auch seine eigene Erfahrung als Soldat im Krieg sagte von Weizsäcker: «Unsere Pflicht ist es, alles, wirklich alles zu tun, was in unseren Kräften steht und was die Vernunft gebietet, um Gewalt

und Krieg für die Zukunft auszuschliessen und einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen.»

Sicherheit überall

Der Bundespräsident sprach von einer «Phase von historischem Gewicht zwischen Ost und West». Weitreichende Vereinbarungen seien in greifbare Nähe gerückt. Ausdrücklich unterstrich von Weizsäcker den Anspruch auf Sicherheit auf jeder Seite.

Die Ost-West-Beziehungen dürften aber nicht, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer wieder geschehen sei, «allein von Sicherheitsdenken beherrscht bleiben». Auch wenn zur Kriegsverhütung «nicht auf Abschreckung verzichtet werden kann, darf Abschreckung nicht die Sprache bleiben, in der sich Ost und West am besten verstehen».

US-Agrar-Subventionen der fürstl. Stiftung

Eine Stellungnahme

In Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Subventionswesen in den USA wurde der «Prinz von Liechtenstein» in verschiedenen Presse-Veröffentlichungen der letzten Wochen als Agrar-Subventionsempfänger zitiert.

Die Fürst von Liechtenstein-Stiftung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Im Bestreben einer internationalen Diversifikation hat sich die Fürst von Liechtenstein-Stiftung schon vor Jahren u. a. auch für Investitionen in der US-Landwirtschaft entschieden und sukzessive einen erstklassigen und anerkannten Betrieb aufgebaut.

Die Fürst von Liechtenstein-Stiftung ist zusammen mit der zweitgrössten Papierherstellungsfirma in den USA, der «International Paper Company» zu je 50 Prozent an der «Farms of Texas Co.» mit Hauptsitz in Houston (Texas), beteiligt. Diese Gesellschaft betreibt landwirtschaftliche Biotechnologie, produziert Saatgut, befasst sich mit speziellen Anpflanzungen und mit der Herstellung von landwirtschaftlichen Produkten. Die Produktion von Reis wird über eine eigene Verteilerorganisation vertrieben.

Bestimmte Produktionsbereiche der Gesellschaft kommen im gleichen Rahmen wie andere Agrarbetriebe in den Genuss von Förderungsprogrammen der öffentlichen Hand. Da es derzeit keinen freien Markt für landwirtschaftliche Produkte gibt, hat es bis jetzt die Reagan-Administration als wichtige Voraussetzung erachtet, diese Förderungsprogramme für die Existenzmöglichkeit ihrer Landwirtschaft durchzuführen.

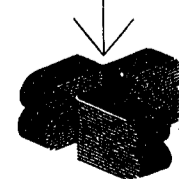
Westdeutsche Akademiker drängen in freie Berufe

(spk/dpa) Immer mehr westdeutsche Akademiker wollen freiberufliche Rechtsanwälte, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer werden. Wie der zentrale Verband der Freien Berufe am Montag in Bonn mitteilte, haben sich die Angehörigen der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe in den vergangenen Jahren drastisch erhöht.

Am 1. Januar 1987 gab es nach Angaben des Verbandes in der Bundesrepublik Deutschland 50247 Rechtsanwälte (39,3 Prozent mehr als 1980). Die Zahl der Steuerberater wuchs im gleichen Zeitraum um 56,3 Prozent auf 32880.

Wirtschaftsprüfer wurden Anfang dieses Jahres 5049 gezählt, 32,1 Prozent mehr als 1980. Nach Berechnungen des Instituts für Freie Berufe an der Universität Erlangen-Nürnberg soll sich die Gesamtzahl der Freiberufler in der Bundesrepublik Deutschland von jetzt 360000 bis zum Jahr 2000 auf 560000 erhöhen.

Lista-Einrichtungen für Betrieb, Lager und Büro



Offiz. Lista-Vernehmung
A. Beck Aktiengesellschaft
Neusand, FL-9495 Triesen
Telefon 075 28377